

Herr Präsident,
Mitglieder in Regierung und Parlament,
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,
es ist da, dass neue Finanzierungsgesetz für die DG liegt auf dem Tisch.
Und wir dürfen es zumindest begutachten.

Wie sieht dieses Finanzierungsgesetz aus und was können die Folgen für die DG sein. Fragen welche wir alle, und sicherlich auch die Bürger sich stellen.
Im Gutachten, haben die Ausschuss-Kollegen in der Einleitung nochmals auf den berühmten Satz hingewiesen, und der Forderung, nach mehr.

Ich hatte angemerkt, dass es nicht angebracht sei, angesichts der verminderten Mittel durch die Beiträge zur Sanierung der Staatsfinanzen und der Pensionen, auch noch in der Einleitung hervorzuheben, dass man gerne mehr Mittel haben möchte.

Sie erinnern sich: Bereit, gewillt und in der Lage – mit den jeweils angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten.

Ich habe von der politischen Logik gesprochen, als vor drei Jahren dieser prophetische Satz hier zum ersten Mal erklang, und dem diesbezüglichen Missverständnis mit der Vernunft.

Erlauben Sie mir, dass ich dies in Erinnerung rufe:

Interessant vor allem die letzten Worte, man behauptet man sei heute schon bereit, gewillt und in der Lage, und hier im Gutachten bekräftigt man diese Aussage nochmals, all das was übertragen wurde, und das was in Zukunft übertragen wird, wahrzunehmen oder auszuführen.

Einige Bürger werden sich verwundert fragen:
Aber man weiß doch gar nicht was in Zukunft noch kommt?

Die klassische Politik sieht dies anders:

Man weiß, dass man bereit ist, aber man weiß nicht, wozu man bereit sein wird.
Und das ist kein Wortspiel, sondern politische Logik, und wohin die führen kann, dass weiß man nur allzu gut.

Und ich muss dies nochmals hervorheben, vielleicht auch damit die Verantwortlichen zwischen den ganzen Festen, nochmal etwas klarer sehen.

Nein, meine Damen und Herren, die DG ist weder in der Lage, noch ist sie bereit, und viele Bürger sind auch nicht gewillt, diese Forderung zu unterstützen.
Wir sollten uns auf das Wesentliche beschränken, und wenn wir dies vernünftig hinbekommen, dann können wir weitersehen.

Meine Damen und Herren,
in Zeiten, wo die Politik eines ganzen Kontinentes bestimmt wird durch Schuldenberge, wo öffentlichen Kassen leer sind, und es Höchstzahlen von Arbeitslosen gibt, in diesen Zeiten sollte jede öffentliche Einrichtung, jede staatliche Organisation, jeder Gliedstaat genau darauf achten woher er sein Geld nimmt, wie er es ausgibt, und ob dies den besten Nutzen für den Bürger darstellt.

In meiner ersten Rede hier im Hause, habe ich ein Zitat von Kennedy benutzt, um dies zu verdeutlichen.

„Frage nie was Dein Land für Dich tun kann, sondern frage was Du für Dein Land tun kannst.“

Bezogen auf die DG, und auf das heutige Gutachten heißt dies:

Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen.

Nein, meine Damen und Herren, das dürfen wir nicht –

Und die DG darf dies auch nicht.

Zum Gutachten -

Es gibt zwei wesentliche Merkmale, die dieses Finanzierungsgesetz begleiten.

Es ist einmal die Abänderung des Bestehenden,

hier hat man zwei prägende Elemente mit eingebaut, welche uns noch oft und lange beschäftigen werden.

Erstens, der Beitrag der DG, zur Sanierung der Staatsfinanzen, Artikel 15.

Der Mitarbeiter vom Rechnungshof sprach von einem Schlüsselement.

Und dann der Verantwortlichkeitsbeitrag bezüglich der Beamtenpensionen, Artikel 35.

Was der Beitrag der DG, zur Sanierung der Staatsfinanzen angeht, ich weiß nicht wie oft die Vivant Fraktion genau vor diesem Element gewarnt, und dies genau anhand von Zahlen und Fakten erklärt hat.

Die Staatsschuld Belgiens wird auch die DG zur Kasse beten.

Sie erinnern sich, immer und immer wieder habe ich auf diesen Punkt und auf die Gefahren hingewiesen, welche von der Staatsschuld ausgehen.

Man hatte die sachlichen Bemerkungen nicht nur ignoriert.

Als Volkstribun wurde man dargestellt, dabei lag die Gefahr bereits vor der Tür, und man wusste dies,

aber wollte nicht, dass dies öffentlich diskutiert wird.

Und nun ist es Gesetz, und liegt schwarz auf weiß vor!

Auch wenn der Beitrag im Verhältnis zu den Beiträgen der anderen Regionen und Gemeinschaften gering ist, so sind es immerhin 2.160.000,- € welche die DG ab dem Jahre 2015 weniger erhalten wird.

Im Jahre 2016 wird dieser Betrag doppelt abgezogen.

Und ab dann ist er einfach weniger da.

Erlauben Sie mir eine kurze Klammer –

Interessant war nämlich im Ausschuss die Diskussion, was die Bezüge des Senators angeht, dies regelt Artikel, 34.

Hierüber wurde lange diskutiert, gerade der amtierende Senator, hatte sich sehr rege an dieser Diskussion beteiligt.

Man fragt sich echt, was für Probleme einige Leute hier haben.

Ob und was der Gemeinschaftssenator erhält ist völlig unbedeutend und nebensächlich, der Senat wird ohnehin nur noch einen geringen Stellenwert haben, und gehört nach unserer Auffassung gänzlich abgeschafft.

Aber, was die Beteiligung der DG, zur Sanierung der Staatsfinanzen angeht, hier geht es um mehr als 2 Millionen Euro, welche die DG rekurrent Jahr für Jahr weniger erhalten wird. Dies ist eine andere Nummer – und hierüber sollte man diskutieren.

Laut Aussage des Beamten vom Rechnungshof, handelt es hierbei um weniger als 0,2 % des Gesamtbetrages aller Gliedstaaten, die DG hat also in diesem Fall vorerst Glück gehabt, ich betone vorerst, denn keiner weiß wie sich dies entwickelt,

besonders was die diesbezüglichen Forderungen der EU durch den Fiskalpakt, an Belgien angehen.

Bereits heute redet man in Brüssel davon, dass der Föderalstaat in den nächsten Jahren Milliarden einsparen muss.

Letzte Woche konnte man dann lesen, dass Belgien seine Hausaufgaben gemacht habe. Belgien wurde als EU Musterschüler dargestellt, dass man wieder mal ans Eingemachte gegangen ist und Aktiva verkauft hat – wurde zwar erwähnt jedoch so dargestellt als ob es sich dabei um eine Vernunft Tat handeln würde. Dabei sprechen die Zahlen eine andere Sprache.

Zurzeit beläuft sich die belgische Staatsschuld auf mehr als 376 Milliarden Euro und diese steigt pro Tag um 44 Millionen Euro an.

Also während diesem Redebeitrag alleine um 450.000,- €.

Und wenn dieses Tempo beibehalten wird, dann werden es bis zum Mai 5 Milliarden Euro mehr sein.

Und da bis dahin in Brüssel sowieso nichts geschehen wird, kann man davon ausgehen, dass dies so sein wird.

Also kein Grund zu feiern, und da jetzt im neuen Finanzierungsgesetz die DG sich direkt, an der Sanierung der Staatsschuld, beteiligen muss, sollten wir alle diesbezüglich besonders wachsam sein.

Ich hatte im Ausschuss angemerkt, dass es doch klar ersichtlich sei, dass die bestehenden Beiträge der Gemeinschaften und Regionen eine Sanierung der Staatsfinanzen nicht ermöglichen, und hatte vorgeschlagen, dass man in diesem Gutachten, auf Alternativen zur Finanzierung des Staates hinweisen sollte, die Kollegen sahen dies anders.

Meine Damen und Herren, wer das Geschehen an den Finanzmärkten in den letzten Jahren verfolgt hat, und dann eins und eins zusammen zählt, der hat erkannt, dass es so nicht weitergehen kann.

Alle Rettungsversuche der EU haben die Lage in Süd-Europa nur verschlimmert, und die Auswirkungen und die Folgen des Fiskalpaktes könnten hierzulande ein ähnliches Chaos verursachen. Auch hier steigen die Arbeitslosigkeit und die Armut an.

Also wenn jetzt in einem Gutachten zu einem Finanzierungsgesetz kein Platz ist, sachlich auf vernünftige Alternativen zur Konjunkturankurbelung und zur Staatsfinanzierung hinzuweisen, dann frag ich Sie, wo denn?

Ich verweise hierzu auf unsere Stellungnahme im Oktober vergangenen Jahres zur Debatte zum Fiskalpakt, und unsere diesbezüglichen Vorschläge, nachzulesen im ausführlichen Bericht Nr.56.

Ein zweites Element ist der Verantwortlichkeitsbeitrag der DG bezüglich der Beamtenpensionen. Artikel 35 in diesem Gesetzesvorschlag.

Vor einigen Jahren, als bereits mehrfach in der nationalen Presse, diesbezüglich diskutiert wurde, hatte ich in einer Haushaltsdebatte dies angesprochen und thematisiert.

Die Reaktion des Herrn Lambertz war typisch.

„Ja, das ist eine alte Diskussion, die tritt immer wieder mal auf.“

Nach dem Motto, och bitte lassen Sie mich damit in Ruhe.

Nein, meine Damen und Herren,
Herr Lambertz wusste genau, um die Brisanz des Themas,
und er wusste genau dass die DG, sich eines Tages daran beteiligen muss, und zur
Kasse gebeten wird. Wie immer versuchte er zu beschwichtigen und lenkte ab.
Aber es war berechtigt damals darüber zu reden,
und man hätte damals reagieren müssen.
Aber was geschah – Nichts –

Genau wie die Gefahr, welche von der Staatsschuld ausgeht, versuchte man auch
dieses Thema totzuschweigen.
Jetzt, ist es Gesetz, und da in der Ära Lambertz eine stetige Zunahme der
Beschäftigten in den Ministerien zu verzeichnen ist, kann die Rechnung für die DG in
einigen Jahren gewaltig ausfallen.

Der Verantwortlichkeitsbeitrag wird ab 2015 stetig ansteigen bis er 8,28 % der
Gehaltssumme der verbeamteten Personen erreicht hat.
Das bedeutet, wenn man die Kürzungen durch Artikel 14 u. 35 und hier kann man
jetzt von realen Mindereinnahmen sprechen, addiert,
erhält man für die drei kommenden Jahre also 2015, 2016 und 2017 eine Summe
von mehr als 11,5 Millionen Euro welche die DG weniger bekommt.
Viel Geld besonders in Zeiten von leeren Kassen.

Und wir sollten jetzt nicht anfangen, so wie es einige gerne tun,
und von Ungerechtigkeiten sprechen, was die Finanzierung der
Französischen Gemeinschaft durch die wallonische Region und was die Provinzen
angehen. Ja, da läuft einiges falsch, und dass die Provinzen abgeschafft und die
Mittel an die Gemeinden und Gemeinschaften übertragen werden sollen, ist
eigentlich logisch.

Aber dies ist nicht der Kern.
Wir sollten nicht alleine über die Aufteilung des Kuchens sondern mehr
über den Kuchen selber und vor allem, von den Bürgern sprechen, die diesen
backen oder helfen das Mehl und den Zucken zu besorgen.

Meine Damen und Herren,
Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen.
Und dies gilt für alle.

Was die neuen Zuständigkeiten angeht und ob die Finanzierung ausreicht,
so stellt dies eine Unbekannte dar.
Denn wir verfügen weder über neutrale Expertisen, noch kann man hier auf
Erfahrungswerte zurückgreifen.
Es wird sich zeigen ob die Mittel ausreichend sein werden, natürlich wird dies auch
davon abhängen mit welcher Herangehensweise und mit welcher Politik und mit
welcher Haltung dies ausgeführt wird.

Der angekündigte Bericht des Rechnungshofes fällt hier sehr dünn aus, er besagt,
dass der Rechnungshof keine Anmerkungen hat, dies wurde bereits erwähnt.
Obwohl die zuständigen Beamten eine Prognose errechnet und aufgestellt hatten,
durften sie diese dem Parlament nicht zur Verfügung stellen.
Der Rechnungshof hat dies abgelehnt.
Man hätte auch für keine der anderen Gemeinschaften dies getan, hieß es.
Über die wahren Hintergründe kann man nur spekulieren,

ich vermute man wollte nicht durch Prognosen und Berechnungen, die immer wieder in der Öffentlichkeit getätigte Aussage, kein Gliedstaat sollte Mittel oder Ressourcen in der Übergangsperiode verlieren, ins Wanken zu bringen.

Diesbezüglich sollten wir wachsam sein. Der Artikel 24, welcher im Gutachten angesprochen wird, er regelt u.a. die Finanzierung der Infrastrukturen der Krankenhäuser, scheint bereits eine große Unbekannte für die DG darzustellen. Ob es weitere Unbekannte, vielleicht sogar Überraschungen, gibt wird sich zeigen.

Meine Damen und Herren,

Eigentlich wurde die Deutschsprachige Gemeinschaft, was die Ausstattung an Mitteln angeht, in den letzten Jahren nicht benachteiligt, die zur Verfügung stehenden Mittel waren prozentual pro Einwohner höher als für andere Gemeinschaften in Belgien, und bei einem Vernunft betontem Handeln, hätte man sogar Überschüsse anhäufen können, Überschüsse oder Reserven für Zeiten wie diese, für Zeiten in welche Unklarheiten, große Veränderungen und Herausforderungen vor der Türe stehen.

Meine Damen und Herren,

nur Forderungen stellen und Rosinen raus picken, wird das Ansehen der DG nicht verbessern, es reicht nicht, dass man mit Pin´s durch die Lande zieht, Feste feiert und von Symbolen spricht.

Kreative Finanzmodelle sind jetzt gefragt.
Und Kreative gesellschaftliche Modelle –

Kreatives Denken für eine neue politische Kultur –

Und vor allem – eine neue politische Haltung, die dahinter steht.

Meine Damen und Herren,

Die Klassische Politik besteht oft aus taktieren, abwägen, fordern, schauen dass man gut bedient wird, schauen wo können wir noch etwas herbekommen.

Und im Mittelpunkt steht:

Wer erhält was vom Kuchen, und wer muss was abgeben.

Und das tun alle.

Und deswegen funktioniert es auch nicht, weil jeder nur nach sich schaut.

Während der Diskussionen im Ausschuss konnte man dies zwischen den gesprochenen Sätzen gut heraushören.

Dieses Gutachten, geht nicht in die Tiefe,

und es gibt keine sachlichen Anmerkungen zu wesentlichen Kern-Elementen der Finanzierung unserer Gemeinschaft.

Das was die DG erhält, ist eine Tatsache.

Wie wir damit umgehen ist eine andere Angelegenheit.

Plenum – 03-02-2014 Dok. 206 Begründetes Gutachten zur Staatsreform

Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen.
Nein, meine Damen und Herren,
und dies gilt für alle Bereiche –
aber auch für alle Gemeinschaften, für alle Regionen und für den Föderalstaat.

Die Vivant Fraktion wird dieses Gutachten nicht unterstützen.

Ich danke Ihnen, für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Balter – VIVANT-Fraktion im PDG